

## Aus der 75.Sitzung des brandenburgischen Braunkohlenausschusses am 18.11.2010

Der Saal der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung war gut gefüllt, hatten sich doch zu dieser Sitzung des Braunkohlenausschusses Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und Vattenfall-Vorstand Zeiß angekündigt, um „zu einer möglicherweise neuen Positionierung des Unternehmens Vattenfall zu Tagebauen und Kraftwerken in Europa“ (Zitat aus dem Einladungsbrief an die Ausschußmitglieder) Stellung zu nehmen. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde die Tagesordnung jedoch umgestellt, da Minister Christoffers zwei Stunden später erscheinen werde. Später wurde bekanntgegeben, dass er aufgrund familiärer Probleme alle Termine für diesen Tag abgesagt habe. TOP 4 entfiel dadurch ersatzlos, bzw. soll in einer späteren Sitzung nachgeholt werden. (Der BKA tagt derzeit aber nur zweimal im Jahr).

### **Stand Planverfahren Welzow-Süd (TOP 6)**

Hier wurde durch die Landesplanungsbehörde die Neuigkeit verkündet, dass die Umsiedlerzahl des geplanten Teilfeldes II sich von 1255 auf 810 reduziert, da das Wohngebiet „Neue Heide“ nun nicht mehr in Anspruch genommen werden soll. Dem war eine entsprechende Forderung der Stadt Welzow vorausgegangen, die Landesplanungsbehörde hatte Vattenfall zudem aufgefordert Untersuchungen zur Vermeidbarkeit von Umsiedlungen durchzuführen. Das Wohngebiet „Neue Heide“ befindet sich im Nordwesten von Welzow in Richtung des Flugplatzes. Dort wird die Abbaukante nun um mehrere hundert Meter eingezogen. Wohnbezirk V, Proschim und Liesker Weg sollen weiterhin umgesiedelt werden. Vattenfall habe im März an die Landesplanungsbehörde ein „Gutachten zur Abbauführung unter Berücksichtigung von bergbaubedingten Umsiedlungen“ übergeben, demzufolge die Vermeidung weiterer Umsiedlungen nicht möglich sei bzw. die Versorgung des Kraftwerksstandortes Schwarze Pumpe in Frage stelle. Erst auf Nachfrage der Grünen Liga wurde angegeben, dass durch die Änderung 5-6 Mio. Tonnen Rohbraunkohle weniger gefördert werden können. Dies mache lt. Prof. Dähnert eine Laufzeitreduzierung des Kraftwerkes Schwarze Pumpe um etwa ein halbes Jahr aus, etwa 2046 laufe der Tagebau aus.

Bürgermeisterin Zuchold (SPD) informierte aus ihrer Sicht unter anderem: „Im ersten Quartal 2011 steigen wir in die Verhandlungen zur Umsiedlung des Wohnbezirkes V ein“. (Stadt und Vattenfall wollen parallel zum Planverfahren einen Umsiedlungsvertrag verhandeln, der dann gleichzeitig mit Inkrafttreten des Braunkohlenplanes wirksam werden soll. Kritik und Widerstand betroffener Bürger dagegen konnten sich im Stadtparlament bisher nicht durchsetzen.) Prof. Dähnert (Vattenfall) ergänzte, man werde im I. Quartal die Umsiedler konkret befragen. Ein Abschluß des Planverfahrens ist lt. Landesplanungsabteilung für das Jahr 2013 vorgesehen.

Eine weitere Änderung der Verfahrensunterlagen betrifft einen höheren Anteil von Landwirtschaftsflächen in der Bergbaufolgelandschaft als bisher geplant.

### **Sitzungsplan 2011 (TOP 7)**

Die zwei Sitzungen sind für den 31.03.2011 und den 17.11.2011 angesetzt, die Fachexkursion findet am 8.September in den Förderraum Cottbus statt.

Angesetzte Tagesordnung auf [www.lausitzer-braunkohle.de/termine.php](http://www.lausitzer-braunkohle.de/termine.php)

### **Bericht zum Förderraum Cottbus (Tagebaue Cottbus-Nord und Jänschwalde (TOP 8)**

Der Tagebau Cottbus-Nord förderte im Jahr 2009 6,4 Mio. t Kohle, der Tagebau Jänschwalde 11,9 Mio. t. Nach dem Bericht von Vattenfall wurde u.a. nach dem Pastlingsee gefragt, dessen Wasserstand sich durch die Niederschläge der vergangenen Wochen nicht erholt hat. Standardantwort des Unternehmens: „Nach dem derzeitigen Kenntnisstand unseres Monitorings haben wir eine stabile Situation.“

### **Stand Planverfahren Tagebau Jänschwalde-Nord (TOP 9)**

Herr Becker von der Landesplanungsbehörde berichtete und stellte den Zeitplan vor. Wie bereits bekannt geworden, hat sich der Scopingtermin auf Frühjahr 2011, der geplante Abschluß des Verfahrens auf 2015 verschoben. Man habe Vattenfall um ergänzende Unterlagen gebeten und erste Kontakte zum Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) bezüglich der Fragen zur FFH-Verträglichkeit aufgenommen.

Der Bürgermeister von Schenkendöbern Peter Jeschke meldete sich erstmals im Braunkohlenausschuss zu Wort und machte deutlich, dass die Beschlußlage der Gemeinde, den Tagebau Jänschwalde-Nord mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindern zu wollen, nach wie vor Bestand hat. Zu Auswirkungen des genehmigten Tagebaues Jänschwalde sei man mit Vattenfall im Gespräch.

### **Neue strategische Ausrichtung von Vattenfall – TOP 5**

Der zunächst zurückgestellte Tagesordnungspunkt wurde aufgerufen, als klar wurde, dass Minister Christoffers in der Sitzung nicht mehr sprechen wird. Vorstandsmitglied Hartmuth Zeiß war jedoch ebenfalls verhindert, weil er in Stockholm gewesen sei. Seine Rede wurde von Prof. D. Dähnert verlesen. Die Rede beschwor, dass „Braunkohle im angestrebten Energiemix ein fester Bestandteil“ bleibe und wiederholte eine Reihe aus den Vattenfall-Pressemitteilungen der vergangenen Jahre bekannter Kohle-Slogans. So wurde auf die Arbeitsplätze-Studie von 2005 verwiesen, auf die angebliche Subventionsfreiheit, die angeblich sehr erfolgreich laufende CCS-Pilotanlage in Schwarze Pumpe (4700 Tonnen CO<sub>2</sub> erfolgreich abgeschieden!). Man halte an den Plänen fest, die im Herbst 2007 vorgestellt wurden. Die einzig neue Äußerung hatte H.Zeiß bereits tags zuvor im Interview mit der Lausitzer Rundschau offenbart: Sämtliche zeitlichen Spielräume bezüglich eines CCS-Gesetzes seien aufgebraucht.

Es schloß sich eine Grundsatzdebatte zur Rolle der Braunkohle an, in der die Vertreterin der Gewerkschaft deutlich machte, man sei „als IG BCE der Meinung, daß wir diesen Plan B so nicht brauchen.“ Auf Nachfrage von W. Böhmer wurde von Vattenfall bestätigt, dass die CO<sub>2</sub>-Lager Beeskow und Neutrebbin „von Anfang an für das Demokraftwerk gedacht waren“. Beeskow sei maximal geeignet, das Volumen des Demokraftwerks aufzunehmen. Für eine spätere kommerzielle CCS-Anwendung seien also weitere CO<sub>2</sub>-Lager nötig.

R. Schuster verwies darauf, dass auch nach dreieinhalb Jahren Diskussion keinerlei Gutachten zu Arbeitsplatzeffekten neuer Tagebaue vorliegen. Hier werde mit unerfüllbaren Arbeitsplatzversprechen Politik gemacht. Auch in den Energieszenarien, die von Atomausstieg und Braunkohle-CCS ausgehen (so „Modell Deutschland“ des WWF) sinkt die Braunkohleverstromung in Deutschland drastisch, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen.

### **Information zum Antrag der Gemeinde Schenkendöbern und der Grünen Liga auf Änderung des Braunkohlenplanes Tagebau Jänschwalde (TOP 9)**

R. Schuster erläuterte Inhalte und Beweggründe des Antrages. Er ging dabei darauf ein, dass die Entscheidung, keine Dichtwand nach Norden zu errichten, auf manipulierten Gutachten beruhte, dass sich Grundannahmen der Planung geändert haben (z.B. 14 Mio. t Kohle mehr verfügbar) und das ein überwiegendes Interesse an der Änderung des Planes besteht.

Herr Sell von der Landesplanungsabteilung legte dar, dass die Behörde keine geänderten Grundannahmen der Planung sehe. Der Plan aus dem Jahr 2002 sei nicht beklagt worden und habe Bestand. Ob die Argumentation der Antragsteller fachlich richtig sei, äußerte er sich auch auf Nachfrage nicht. R. Schuster erwiderte, wenn es keinen Grund zur Änderung des Braunkohlenplanes Jänschwalde gäbe, müsse das Verfahren Jänschwalde-Nord eingestellt und an der vorgesehenen Stelle der Taubendorfer See hergestellt werden. Herr Sell unternahm noch einmal den Versuch, Gründe für die unterschiedliche Behandlung der Anträge von Vattenfall und von Gemeinde/Grüne Liga zu konstruieren, wurde dabei aber zunehmend unsicherer.

## **Sanierungsbergbau – Bericht zur Umsetzung des Verwaltungsabkommens (TOP 10)**

Nach dem Referat der LMBV konzentrierte sich die Diskussion auf die Rutschung vom 12. Oktober im Tagebau Spreetal. Karten der nun gesperrten Bereiche stehen auf der Internetseite des LBGR

<http://www.lbgr.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.230445.de>

Bauernvertreter forderten eine Entschädigung für die größtenteils im Herbst bereits bestellten Flächen, die nun nicht mehr befahren werden dürfen. Bergamtspräsident Freytag wurde gefragt, warum er noch nach dem Unglück von Nachterstedt im vergangenen Jahr keinen Überprüfungsbedarf der Lausitzer Restseen gesehen habe.

## **Verschiedenes (TOP 11)**

- Die katholische Kirche hat sich an Minister Vogelsänger gewandt, um neben der evangelischen ebenfalls einen Sitz im BKA zu erhalten. Dies sei mit Blick auf die Bevölkerungsanteile in der betroffenen Region abgelehnt worden.
- Auf Nachfrage: die beratende Stimme der Internationalen Bauausstellung „Fürst-Pückler-Land“ (läuft 2010 aus) könne auf die „Energeregion Lausitz“ übergehen, das müsse aber (bei der Novellierung des RegBKPIG) ins Gesetz aufgenommen werden.

## **Subjektives Fazit**

Wir durften in dieser Ausschusssitzung eine Situation erleben, die den letzten Tagen der DDR auffällig ähnlich war. Vattenfall wie Behörden beteuerten mit allen eingeübten Phrasen vehement, dass sich nichts wirklich geändert habe. Nur dass ihnen kaum noch jemand glaubt. Die von der Gewerkschaft zum Klatschen mitgebrachten Azubis spielten die guten alten 1990er Jahre nach, als man noch gegen 300 Hornoer zu Felde zog und in der Mehrheit war. Ihre Zwischenkommentare wurden vom Vorsitzenden (Werner Schaaf, SPD) nicht gerügt, sondern ihnen zum Ende der Sitzung für die Disziplin gedankt. Ob er das bei Kohle-Kritikern auch getan hätte? Es bleibt zu wünschen, dass das eine oder andere angesprochene Argument auch bei diesen Gästen zu weiterem Nachdenken führt.

Ausschußmitglied Thomas Burchardt beschrieb die Atmosphäre der Sitzung mit den Worten: „Bis auf nachfragende Wortmeldungen von 4 Mitgliedern wird es für den Rest mangels konstruktiver Mitarbeit zu Recht ein "Sitzungsprotokoll" geben.“

René Schuster,  
GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus